Ralf-Peter Fuchs

Die Normaljahrsrestitutionen 1648–1653

Die Umsetzung des Westfälischen Friedens durch Schweden, Reichshofrat und Reichsstände im Rahmen imperialen Herrschaftsmanagements

I.

Wichtige Fragen nach der konkreten Gestaltung imperialen Herrschaftsmanagements im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation sind nicht zuletzt von der Reichsgerichtsforschung der letzten Jahrzehnte aufgeworfen worden. Ausgehend von Bernhard Diestelkamps Überlegungen aus den 1970er Jahren zur Rolle des Reichskammergerichts¹ bei der Befriedung dieses Imperiums haben sich die Konturen einer spezifischen frühneuzeitlichen Rechtskultur rekonstruieren lassen, die vor allem den ‚gütlichen Vergleich‘ der Untertanen und Stände als ein zentrales Konfliktlösungsmuster aufscheinen lassen. Für das neben dem Reichshofrat höchste Reichsgericht lief dies oftmals auf die Praxis hinaus, Entscheidungen zu verlagern oder auszusetzen, eine Praxis, bei der nichtsdestoweniger nicht das wichtige Ziel aus den Augen verloren werden durfte, stetig Autorität und herrschaftlichen Anspruch zu vermitteln.

Dass dieses Reich in eine tiefe Krise geriet, die in einen Dreißigjährigen Krieg mündete, wirft natürlich besondere Fragen auf, welche die Grenzen des Begriffes ‚imperiales Herrschaftsmanagement‘ berühren. Ganz offensichtlich waren Kaiser und Reichsinstitutionen über einen langen Zeitraum nicht in der Lage, die Grundnorm Reich in politische Formen zu gießen, die basalen Konsens und Stabilität – gerade auf der Reichsebene selbst – erzeugte. Der Krieg verschärfte den Konflikt um die langfristige Integration konfessioneller Pluralität,² zudem die oftmals damit verbundene Auseinandersetzung über das Verhältnis und die rechte institutionelle Balance von Reichsoberhaupt und Reichsständen.³ 1629 wurde mit dem Restitutionsedikt eine

¹ Bernhard Diestelkamp, Das Reichskammergericht im Rechtsleben des 16. Jahrhunderts, in: Hans-Jürgen Becker etc. (Hrsg.), Rechtsgeschichte als Kulturgeschichte. Festschrift für Adalbert Erler zum 70. Geburtstag. Aalen 1976, 435–480.

² Grundlegend hierzu sind die Überlegungen von Heckel zur protestantischen Forderung nach einer paritätischen Struktur der Reichsverfassung. Siehe Martin Heckel, Parität (I), in: Ders.: Gesammelte Schriften. Staat – Kirche – Recht – Geschichte. 5 Bde., 1989–2004, hrsg. v. Klaus Schlaich, Bd. 1, 107–226, und ders.: Parität (II), ebd., 227–323.

³ Dass dieser Konflikt unabhängig vom Religionsstreit Bestand hatte, offenbarte sich etwa 1630 in der Absetzung des kaiserlichen Heerführers Wallenstein, die von den katholischen Kurfürsten durchgesetzt wurde. Siehe hierzu Dieter Albrecht, Der Regensburger Kurfürs-

Entscheidung getroffen, die viele protestantische Stände als definitive Aufkündigung des Reichskonsenses ansahen und in diesem Kontext von einem „Dictator Imperii“ sprachen.⁴ Im Gegenzug sollte sich zeigen, dass sich der 1630 zum Retter ‚Teutscher Libertät‘ aufschwingende schwedische König Gustav Adolf keine Bedenken trug, sein Kriegsglück unter Missachtung der Autorität des Kaisers und der geistlichen Reichsstände ebenfalls für massive Veränderungen der Reichsordnung einzusetzen, nicht zuletzt indem er diverse Territorien auf seine Verbündeten aufteilte.⁵

Inwieweit sich vor diesem Hintergrund der Versuch, nach 1648 jenen Frieden, den man als Ergebnis der westfälischen Verhandlungen in Münster und Osnabrück verkündet hatte, realiter herzustellen, als eine Rückkehr zu den Prinzipien ‚imperialen Herrschaftsmanagements‘ früherer Zeiten deuten lässt, soll im folgenden gefragt werden. Freilich ist dabei zu berücksichtigen, dass Frankreich und Schweden als jene Mächte, mit denen Kaiser Ferdinand III. den Westfälischen Frieden geschlossen hatte, bei der Gestaltung der Nachkriegsordnung zunächst wesentlich beteiligt waren.⁶ Im Hinblick auf die Neuordnung des konfessionellen Lebens im Reich, die hier im Vordergrund stehen soll, waren es vor allem Politiker und Gesandte aus Schweden, die auf eine Mitwirkung drängten. Ihnen ging es darum, das schwedische Kriegsenagement für die ‚Libertät‘ der protestantischen Reichsstände zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen. Gerade in diesem Rahmen nahmen sie jedoch, wie das Studium der Verhandlungsakten zeigt,⁷ Teil am Reichsdiskurs über die rechte und gerechte Ordnung, der die Basis für die politischen Verhandlungen bildete. Die schwedischen Vertreter beanspruchten hierbei, eine Kontrolle über das Herrschafts- und Friedensmanagement im Reich auszuüben.

tentag 1630 und die Entlassung Wallensteins, in: Ders. (Hrsg.), Regensburg. Stadt der Reichstage. Regensburg 1994, 88–108.

⁴ StADarmstadt E1 C 26/8: Regensburger Kurfürstentag, nicht fol. Siehe dort die aufgeführten Argumente für den Kurfürsten von Brandenburg, Georg Wilhelm, zum Regensburger Kurfürstentag persönlich zu erscheinen. Nicht der Kaiser selbst wurde als „Dictator“ angesehen. Vielmehr seien es jene, die am kaiserlichen Hof das „Directorium führen“ und wollten, dass der „Dictator Imperii perpetuiert“ werde.

⁵ Zur urkundlichen Übertragung westfälischer Territorien auf seinen Kriegsverbündeten Landgraf Wilhelm V. von Hessen-Kassel siehe etwa *Gunnar Teske*, Bürger, Bauern, Söldner und Gesandte. Der Dreißigjährige Krieg und der Westfälische Frieden in Westfalen. Münster 1997, 94ff.

⁶ Zu Schweden siehe *Sven Lundkvist*, Die schwedischen Friedenskonzeptionen und ihre Umsetzung in Osnabrück, in: Heinz Duchhardt (Hrsg.), Der Westfälische Friede. Diplomatie – politische Zäsur – kulturelles Umfeld – Rezeptionsgeschichte (HZ, Beih. 26). München 1998, 349–359. Zu Frankreich: *Paul Sonnino*, Prelude to the Fronde. The French Delegation at the Peace of Westphalia, ebd., 217–234, und *Konrad Repgen*, Die kaiserlich-französischen Satisfaktionsartikel vom 13. Dezember 1646 – ein befristetes Agreement, ebd., 175–216.

⁷ Zentral ist in diesem Zusammenhang immer noch die kommentierte Quellensammlung von *Johann Gottfried von Meiern*, Acta Pacis Westphalica Publica oder Westphälische Friedens-Handlungen und Geschichte. 6 Teile. Hannover 1734–36.

Der Schlüsselbegriff für den Neuaufbau nach dem Dreißigjährigen Krieg war der Begriff der ‚Restitution‘.⁸ Ihm lag zum einen die konkrete Vorstellung von der Notwendigkeit einer Rückerstattung unrechtmäßig – eben durch Krieg – verloren gegangener Besitztümer an die legitimen Eigentümer zugrunde. Im Zusammenhang mit der Konfessionsfrage berührte dies die heikle, jahrzehntelang erbittert diskutierte Frage nach dem legitimen Besitz des Kirchenguts, eine Frage, die – wie bereits angedeutet – 1629 vom Kaiser zu katholischen Gunsten entschieden worden war und zu einem Restitutionsprojekt geführt hatte, das von protestantischer Seite nahezu einmütig als ein das Reich destabilisierender Vertrauensbruch eingestuft worden war.⁹ Zum anderen – und im Kontrast zu diesen konkreten und historisch belasteten Vorstellungen von ‚Restitution‘ – wurde unter der nach dem großen Krieg anstehenden ‚Restitution‘ allgemein eine Wiederherstellung einer tragbaren Ordnung gesehen, die ideell an die Verhältnisse vor Beginn der Waffenhandlungen anknüpfte.

Prägend für die Friedensverhandlungen über die Restitutionen war vor diesem Hintergrund die Erörterung von Zeitpunkten gewesen. Welche Zeit eine Kriegszeit und welche eine Zeit der Ordnung gewesen war, hatte die Diskussionen der kaiserlichen und die schwedischen Gesandten während des westfälischen Friedenskongresses erheblich geprägt. Schwedischerseits hatte man mit einem seit 1618 kontinuierlich währenden Krieg argumentiert, der das Eingreifen Gustav Adolfs notwendig gemacht habe.¹⁰ Kaiserlicherseits hatte man sich wiederum dagegen verwahrt, die Zeit nach dem Friedensschluss von Lübeck als Kriegszeit zu betrachten und den schwedischen Einfall im Juli 1630 als einen Friedensbruch gewertet, woraus sich als Orientierungsmarke für die Restitutionen das Jahr 1630 ergab.¹¹ Es ist hier nicht der Ort, genauer darauf einzugehen, wie es dazu kam, dass beide Res-

⁸ Zum zeitgenössischen juristischen Begriff der Restitution siehe etwa *Theodor Metzger* (Praes.)/ *Matthias Thanner* (Resp.): *Die iniuste acquisitorum restitutione. Assertiones in quatuor distributae partes*. Freiburg/Brsg. 1594.

⁹ Zum eigens für die Errichtung einer protestantischen Defensionsverfassung einberufenen Leipziger Konvent vom Februar bis April 1631 siehe etwa *Theodor Tupetz*, *Der Streit um die geistlichen Güter und das Restitutionsedict (1629)*, in: *Sitzungsberichte der phil.-hist. Classe der kais. Akademie der Wissenschaften* 102 (1883), 315–566, hier 489ff. Siehe ebenso *Ralf-Peter Fuchs*, *Für die Kirche Gottes und die Posterität – Kursachsen und das Friedensmedium eines Normaljahres auf dem Frankfurter Kompositionstag 1631*, in: *Mitteilungen des Sonderforschungsbereichs ‚Pluralisierung und Autorität in der Frühen Neuzeit‘* 1/2007, 19–27, hier 21.

¹⁰ Siehe die schwedische Proposition vom 14. Juni 1645: *Meiern 1734–1736*, Tl. 1, S. 435–442. Sie griff mit diesem Amnestiejahr eine seit den 1630er Jahren immer wieder erhobene protestantische Forderung auf.

¹¹ Zum Austausch der Propositionen kam es am 4. Dezember 1645, siehe *Leopold Auer*, *Die Ziele der kaiserlichen Politik bei den Westfälischen Friedensverhandlungen und ihre Umsetzung*, in: *Heinz Duchhardt* (Hrsg.), *Der Westfälische Friede. Diplomatie – politische Zäsur – kulturelles Umfeld – Rezeptionsgeschichte*. München 1998, 143–174, hier 151.

titutionskonzepte letztlich in ein kirchliches Normaljahr 1624 mündeten, das protestantische Rechtsgelehrte des 18. Jahrhunderts als Einigung in der Mitte zwischen 1618 und 1630 feiern sollten.¹² Festzuhalten ist aber, dass man dieses Normaljahr als ‚gütliche Einigung‘ zwischen katholischen und protestantischen Reichsständen erscheinen ließ, und dass sich aus diesem Stichtermin, der zu einer Generalregel für die kirchlichen Restitutionsen erklärt wurde, das Projekt gewaltiger Veränderungen, die Wiederherstellung des Besitzes von Katholiken und Protestanten vom Jahr 1624 im Reich, ergab.

Diese Generalregel war andererseits durch gewichtige Ausnahmen ausgehöhlt worden.¹³ So waren die habsburgischen Länder von ihr nicht betroffen. Es gab weitere Sonderregelungen, von denen einige im Text des Friedensvertrages nur undeutlich, dissimulierend, umschrieben wurden.¹⁴ Es ergab sich neuer Streit während der konkreten Verhandlungen zur Umsetzung der Restitutionsen, etwa mit Blick auf die Oberpfalz,¹⁵ in der die schwedischen Gesandten im Gegensatz zu Kurbayern die Normaljahrsregel durchgesetzt sehen wollten. Zudem ergab sich eine Erweiterung des Restitutionsprojekts durch die Festsetzung eines Amnestiejahrs 1618. Dieses Amnestiejahr hatte andere rechtliche Wurzeln und zumindest langfristig auch andere Konsequenzen als das kirchliche Normaljahr.¹⁶ Aus der Vorstellung, den Krieg über „friedewirkendes Vergessen“¹⁷ zu beenden, ergab sich jedoch ebenfalls eine Vielzahl von Restitutionsen vor allem im Bereich weltlicher Auseinandersetzungen. In der Unterpfalz und in der Markgrafschaft Baden-Durlach galt wiederum das Amnestiejahr als Grundlage sowohl für weltliche als auch kirchliche Restitutionsen.¹⁸

¹² Siehe etwa den Schluß des Rechtsgelehrten Hoffmann, 1624 habe den „Mittel-Punct“ zwischen 1618 und 1630 gebildet und sei von daher vorgeschlagen worden: *Godofredus Daniel Hoffmannus*, *Commentatio Iuris Publici Ecclesiastici de Die Decretorio Kalendis Ianuarii Anni 1624 Omnique ex Pace Westphalica Restitutione*. Ulm 1750, 104.

¹³ Ein umfassender Überblick über die Ergebnisse der Friedensverhandlungen bei *Konrad Repgen*, *Die Hauptprobleme der Westfälischen Friedensverhandlungen von 1648 und ihre Lösungen*, in: *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte* 62, 1999, 399–438.

¹⁴ Im Hinblick auf das ‚ius reformandi‘ stellt dies auch Schneider fest. Siehe *Bernd Christian Schneider*, *Ius Reformandi. Die Entwicklung eines Staatskirchenrechts von seinen Anfängen bis zum Ende des Alten Reiches*. Tübingen 2001, 412. Schneider konstatiert im Allgemeinen allerdings einen Übergang von der dissimulativen Praxis zur offenen Festschreibung von Gegensätzen: Schneider 2001, 413.

¹⁵ Hierzu auch *Antje Oschmann* 1991, S. 381.

¹⁶ So beinhaltet das Amnestiejahr im Gegensatz zum Normaljahr keine langfristige Festschreibung von Besitzzuständen.

¹⁷ So der grundlegende Amnestiegedanke laut *Friedrich Dickmann*, *Der Westfälische Frieden*. 7. Aufl. Münster 1998, 6.

¹⁸ Zur Unterpfalz: *Antje Oschmann* 1998, Nr. 18 (= IPO), Art. IV, 26; zu Baden-Durlach: *Antje Oschmann* 1998, Nr. 18, Art. IV, 6.

II.

Wie sollte das riesige Projekt der Restitutionen nun zum Erfolg geführt werden? Im Westfälischen Friedensvertrag waren hierfür genauere Bestimmungen erlassen worden: Der Kaiser sollte den Untertanen und Ständen, insbesondere aber den ausschreibenden Fürsten und der Obristen der Reichskreise befehlen, sie zu vollziehen.¹⁹ Damit war den Reichskreisen eine bedeutende Stellung bei der Exekution zugewiesen worden. Wenn die Exekutivorgane, also etwa die Kreisobristen, selbst von Restitutionen betroffen waren, sollten die kreisausschreibenden Fürsten und Obristen der Nachbarkreise auf den Plan treten. Zudem sollte es jedem im Reich, der Anspruch auf Restitutionen erhob, selbst überlassen bleiben, die Einsetzung kaiserlicher Kommissare zu veranlassen, um bei der Exekution Hilfe zu leisten. Sowohl diesen um Restitution ersuchenden Stände als auch ihren Gegnern, jenen Ständen, denen Besitzverlust durch die Restitutionen drohte, wurde das Recht zugesprochen, dem Kaiser zwei oder drei Personen als Kommissare vorzuschlagen. Der Kaiser selbst sollte hingegen jeweils einen der Vorgeschlagenen zum Kommissar ernennen, dabei er allerdings auf Religionsparität achten.²⁰

Noch unmittelbar vor der Unterzeichnung der Friedensverträge wurde ein Plan aufgestellt, die Restitutionen binnen zweier Monate auszuführen.²¹ Allerdings zeigte sich bald nach dem Erlass des Edikts, am 7. November 1648,²² dass dies nicht möglich war. Mitte Dezember 1648 monierten die schwedischen Gesandten, dass die ausgehandelten Restitutionen noch immer nicht zum Vollzug gebracht worden seien.²³ Offensichtlich stand die Notwendigkeit einer zentralen Organisation und Überwachung des Geschehens einer schnellen Exekution entgegen.

Es ist zu betonen, dass Kaiser Ferdinand III. in den Friedensverträgen als zentrale Autorität für die Restitutionen benannt worden war. Mit der zentralen Position des Kaisers verknüpft war, wie sich schnell zeigte, dass der kaiserliche Reichshofrat zu Wien für sich eine bedeutende Rolle bei den anstehenden Restitutionen beanspruchte. Die Reichskreise bzw. deren Vorsteher waren, obwohl sie als Organisatoren maßgeblich in das Projekt eingebunden werden sollten, wie sich ebenfalls schnell zeigte, dagegen oftmals nicht in der Lage, entscheidend initiativ zu werden. Die Anforderung, dass Restitutionen,

¹⁹ Siehe *Antje Oschmann* (Bearb.), *Die Friedensverträge mit Frankreich und Schweden*. Bd. 1: *Urkunden*. Münster 1998 (*Acta Pacis Westphalicae*. Serie III. Abt. B), Nr. 18, Art. 16, 2.

²⁰ Ebd., Art. 16, 2.

²¹ „Ordo executionis pacis“ (Dict. Monast. d. 16. Octob. Ao. 1648): *Meiern* 1734–36, hier Tl. 6, S. 612.

²² *Meiern* 1734–1736, Tl. 6, S. 622–664. Hierzu auch *Heinz Christian Hafke*, *Zuständigkeit in geistlichen Streitigkeiten und konfessionelle Besetzung der höchsten Reichsgerichte nach dem Westfälischen Friedensschluß*. Frankfurt (Diss.) 1972, 119.

²³ *Antje Oschmann*, *Der Nürnberger Exekutionstag 1649–1650. Das Ende des Dreißigjährigen Kieges in Deutschland*. Münster 1991, 118.

bei denen sich Katholiken und Protestanten als Parteien gegenüberstanden, von paritätischen Kommissionen vorgenommen werden sollten, und Konflikte innerhalb der Reichskreisorganisationen selbst²⁴ standen dem entgegen. Nicht in allen Reichskreisen waren, wie etwa im schwäbischen und fränkischen Reichskreis,²⁵ zwei kreisausschreibende Fürsten verschiedener Konfession überhaupt einsetzbar.

Dem Reichshofrat sollte zudem eine gewichtige Konkurrenz beim Anschub der Restitutionen erwachsen. Auf dem im Anschluss an den Westfälischen Friedenskongress zusammengerufenen Nürnberger Exekutionstag wurde eigens eine paritätische Deputation aus Vertretern der Reichsstände mit dem Ziel gebildet, über die Restitutionsfälle zu entscheiden.²⁶ In dieser Restitutionsdeputation²⁷ saßen zu Beginn seiner Tätigkeit acht Vertreter, namentlich von Kurmainz, Kurbrandenburg, den Bistümern Bamberg und Konstanz, dem Markgrafen von Brandenburg-Kulmbach, dem Herzog von Württemberg und den Reichsstädten Nürnberg und Überlingen.²⁸ Diese Restitutionsdeputation setzte eigene Kommissionen ein,²⁹ was zunächst zum Einspruch kaiserlicher Gesandter führte.³⁰ Durch die Begründung der Restitutionsdeputierten, auf diese Weise am besten einen Zeitgewinn zu erreichen, ließen sich diese allerdings beschwichtigen und zur Äußerung veranlassen: Es sei „wohl besser, wann majoris auctoritatis causa solche Commissiones von Ihro Kayserlichen Majestät angeordnet würden.“³¹ Wenn sie jedoch über die Deputation ebenfalls auf den Weg gebracht würden, wolle man dem sich nicht widersetzen.³² Reichshofrat und die reichsständische Restitutionsdeputation zu Nürnberg bildeten seit 1649 gemeinsam die beiden maßgeblichen Restitutionsagenturen. Trotz einer nachträglichen Verlagerung des Gewichts zuguns-

²⁴ Innerhalb der Organisation des rheinisch-westfälischen Reichskreises wirkte z. B. der jülich-kleveische Erbfolgestreit nach. Im fränkischen Reichskreis gab es Präferenzstreitigkeiten zwischen den Häusern Brandenburg-Ansbach und Brandenburg-Kulmbach-Bayreuth, die das Wirken des Kreises jahrelang zum Erliegen brachten. Siehe *Bernhard Sicken*, *Der Fränkische Reichskreis. Seine Ämter und Einrichtungen im 18. Jahrhundert*. Würzburg 1970, 226.

²⁵ Zu den Wurzeln in der kaiserlichen Praxis des frühen 16. Jahrhunderts, jeweils einen geistlichen und einen weltlichen Fürsten mit dem Amt zu beauftragen, siehe ebd., 177 f.

²⁶ Zur Einrichtung der Restitutionsdeputation am 25. Juni 1649 siehe *Oschmann* 1991, 231.

²⁷ Die Mitglieder werden als „Deputati ad punctum Restitutionis“ bezeichnet. Siehe *Johann Gottfried von Meiern*, *Acta pacis executionis publica oder Nürnbergische Friedens-Executions-Handlungen und Geschichte*. 2 Teile. Hannover, Tübingen 1737/38), Tl. 1, 453. Siehe ebenfalls die einführenden Bemerkungen im ersten Band zum Nürnberger Exekutionstag: *Meiern* 1737/38, Tl. 1, VIII.

²⁸ *Meiern* 1737/38, Tl. 1, 91.

²⁹ Siehe auch *Oschmann* 1991, 311.

³⁰ *Meiern* 1737/38, Tl. 1, 541 f.

³¹ *Meiern* 1737/38, Tl. 1, 542. Zu diesen Bedenken siehe ebenso *Oschmann* 1991, 265.

³² *Meiern* 1737/38, Tl. 1, 542. Zu den Vorhaltungen gegen die kaiserlichen Gesandten aus Wien, weil sie auf eine Beteiligung an den Restitutionsgesprächen verzichtet hatten, siehe *Oschmann* 1991, 306.

ten der Reichsstände bildeten sich dabei durchaus Ansätze zur Zusammenarbeit aus. Der Reichshofrat nahm zwar nach wie vor Restitutionsgesuche an und schrieb Kommissionen aus. Er bestätigte aber auch zu Nürnberg getroffene Entscheidungen und wies diverse Parteien aus dem Reich, die sich an ihn wandten, gelegentlich auf laufende Verfahren der Restitutionsdeputation hin.

Der Grund für diese Kooperationsbereitschaft der beiden Restitutionsagenturen lag im gemeinsamen Wunsch begründet, einen Abzug der nach wie vor im Reich befindlichen Truppen zu bewirken, vor allem jene, die in schwedischen Diensten standen. Aus der rigiden Haltung des schwedischen Generalissimus Pfalzgraf Karl Gustav von Zweibrücken, dass ein Truppenabzug erst nach kompletter Restitution in Frage komme, entwickelten sich langfristig sogar Spannungen zwischen den zu Nürnberg versammelten protestantischen Reichsständen und den schwedischen Gesandten. Nachdem sich zeigte, dass das Großprojekt nicht innerhalb weniger Wochen durchzuführen war, erschien das Beharren von schwedischer Seite auf einem Verbleiben im Reich, das zudem mit der Frage nach einer hohen Entschädigungssumme verbunden war, immer mehr als ein Hindernis auf einem raschen Übergang zum Frieden.

Die schwedischen Gesandten verblieben als Garantiemacht des Westfälischen Friedens nichtsdestoweniger zunächst bei jener kompromisslosen Haltung und drängten auf eine Einhaltung der in den Verträgen fixierten Abmachungen. Die Entschlossenheit, mit der der Truppenauszug ausgesetzt wurde, irritierte sogar den Hof zu Stockholm. Als Motiv des Einsatzes für die Restitutionen sollte der schwedische Kriegsrat Alexander von Erskine in seinem abschließenden Bericht über die Nürnberger Verhandlungen erklären, dass es „als der jetztregierenden Königlichen Mayestät zu Schweden etc. bey der werten posteritaet unverantwortlich seyn, und zu unauslöschendem üblen Nachruhm gereichen würde, wann mehr angeregte Restitution in voriger Ungewißheit gelassen“³³ werden würde. In Verantwortung gegenüber der ‚Posterität‘ und zur Vermeidung „üblen Nachruhmes“³⁴ der schwedischen Krone habe man diese Politik vertreten. In der Gesamtbetrachtung lässt sich erkennen, dass diese Politik der schwedischen Vertreter erheblich dazu beigetragen hatte, zumindest einige der Restitutionen im Reich auf den Weg und sogar zum Abschluss zu bringen.

III.

Ein Überblick über die Restitutionen im Reich lässt sich hier nur in kursorischer Form durchführen. Ein erster Forderungskatalog wurde von schwedischer Seite bereits auf dem Westfälischen Kongress, am 22. Dezember 1648,

³³ *Meiern* 1737/38, Tl. 1, Beylagen zur Vorrede, 63f.

³⁴ *Meiern* 1737/38, Tl. 1, Beylagen zur Vorrede, 64.

datiert wohl nach alter Kalenderzählung, aufgestellt. Bereits durch diese Initiative wurde deutlich, dass neue große Differenzen über die Konsequenzen der in den westfälischen Friedensverhandlungen erzielten Einigungen entstehen würden. Die schwedischen Gesandten forderten eine Restitution der gesamten Ober- und Unterpfalz, der Kirchen in der Grafschaft Veldenz, der Grafschaften Nassau-Saarbrücken, Sayn, Hohenlohe, Birstein und weiterer verschiedener Graf- und Herrschaften im Herzogtum Württemberg, der pfalz-sulzbachischen Länder, darüber hinaus Restitutionen in Augsburg, Dinkelsbühl, Biberach, Ravensburg, Regensburg und Lindau sowie im Stift Straßburg. Es handelte sich dabei immer um Restitutionen zugunsten der mit Schweden verbündeten protestantischen Reichsstände. Die Lindau, Ravensburg und das Stift Straßburg betreffenden Restitutionsforderungen waren ausdrücklich mit der Normaljahrsregel verbunden worden. Zuletzt tauchten noch die Forderungen nach einer Restitution des böhmischen und des gesamten reichsfreien Adels auf.

Auf die Relevanz des Problems Oberpfalz und die damit verbundene Herausforderung Kurbayerns ist bereits hingewiesen worden. Die schwedischen Forderungen sollten sich darüber hinaus später mit Joachimsthal auch auf den böhmischen Raum erstrecken.³⁵ Dies zeigt, ebenso wie die Forderung nach einer Restitution der böhmischen Exulanten, dass man auch den erneuten schärferen Konflikt mit dem Kaiser und seinen Vertretern nicht scheute. Die erste schwedische Liste wurde in den nächsten Monaten noch um eine Vielzahl an protestantischen Restitutionsbegehren erweitert, die u. a. viele Gemeinden im fränkischen Raum betrafen. Daneben sollte noch das komplizierte Problem des Fürstbistums Osnabrück, das aus der ersten Liste ausgeklammert worden war, intensiv erörtert werden. Die beiden Restitutionsagenturen hatten es überdies auch noch mit einer Reihe von katholischen Restitutionsgesuchen zu tun, unter ihnen dem Wunsch des Herzogs von Pfalz Neuburg, die jülich-klevischen Länder nach dem Stichjahr 1624 zu restituieren. Daraus sollte sich angesichts vorausgegangener interner Einigungsversuche zwischen Pfalz-Neuburg und Kurbrandenburg noch ein gefährlicher Konflikt im Reich entwickeln, der zu einem Krieg führte, den ich als einen ‚Normaljahrskrieg‘ interpretiere.³⁶

Addiert man jene Restitutionsfälle, die Nürnberger Restitutionsdeputation und Reichshofrat als eigenständige Belange auflisteten, kommt man auf

³⁵ Siehe hierzu etwa die im kurmainzischen Erzkanzlerarchiv überlieferte Liste: HHStAWien, MEA Friedensakten 34: „Lista, der noch gar nicht oder nicht plenarie restituirten Fürsten und Herren [...]“, fol. 1.

³⁶ Dieser Krieg im Jahr 1651 wird nach wie vor häufig als „Düsseldorfer Kuhkrieg“ bezeichnet. Der Begriff geht auf die abschätzige, spöttische Bemerkung des Grafen Egon von Fürstenberg, Schwager des Herzogs von Pfalz-Neuburg, gegenüber dem brandenburgischen Gesandten am Wiener Hof, Joachim Friedrich von Blumenthal, zurück. Siehe *B. Erdmannsdörffer* (Hrsg.), *Urkunden und Actenstücke zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg. Politische Verhandlungen*, Bd. 3. Berlin 1872, 43.

etwa 120 Restitutionen im Reich. Sie umfassten sowohl Amnestie- als auch kirchliche Normaljahrsfälle. Eine solche Zahl ist jedoch von daher wenig aussagekräftig, als es hierbei zuweilen um eine einzelne Kirche oder aber um ganze Territorien gehen konnte wie im jülich-klevischen Erbfolgestreit. Darüber hinaus gab es schwierigere und weniger schwierige Fälle. Einige Restitutionen stießen auf erheblichen Widerstand. Bereits früh zeigte sich, dass die ‚pfalz-sulzbachische Sache‘ zu heftigen Unruhen führte, nachdem man versucht hatte, die Verhältnisse des Normaljahrs 1624 herzustellen.³⁷ Schon während des Westfälischen Friedenkongresses hatte man den Fürstbischof von Bamberg und den Markgrafen von Brandenburg-Bayreuth als Restitutionskommissare (*commissari ad exequendum*) nach religionsparitätischem Prinzip eingesetzt.³⁸ Bamberg weigerte sich jedoch, eine strikte Wiederherstellung der Religionsverhältnisse nach dem Normaljahr zugunsten der Protestanten durchzuführen, da es auch darauf ankomme, ‚was die Untertanen beehrten‘.³⁹ Hingewiesen wurde auf eine katholische Mehrheit in Weiden-Parkstein.⁴⁰ Daraus kann man ersehen, dass die katholische Religion, die Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm von Neuburg als nomineller Landesherr 1629 durchgesetzt hatte,⁴¹ sich beträchtlich in der Untertanenschaft verwurzelt hatte.⁴² Das Normaljahr 1624, das eine rein protestantische Restitution in diesen Gebieten beinhaltet hätte, hatte Widerstand erzeugt, den der katholische Bischof nicht brechen wollte. Von Seiten der fürstlich-bambergischen Kommission wurde angeregt, ein Simultaneum einzuführen.⁴³ Man sei überrascht gewesen – der Bischof habe vor der Einrichtung der Kommission nicht gewusst, dass sich in Pfalz-Sulzbach so viele Katholiken befänden.

IV.

Für die Beantwortung der Frage, auf welchem Weg man die umfangreiche und komplexe Aufgabe einer Restitution des Reichs nach dem Normaljahr

³⁷ Hierzu Volker Wappmann, Durchbruch zur Toleranz. Die Religionspolitik des Pfalzgrafen Christian August von Sulzbach 1622–1708. Neustadt a.d. Aisch 1995.

³⁸ Die zunächst als Kommissare vorgesehenen ausschreibenden Fürsten des bayerischen Kreises, der Kurfürst von Bayern und der Erzbischof von Salzburg, hatten dies abgelehnt. Siehe Wappmann 1995, 33.

³⁹ Meiern 1734–1736, Tl. 6, 981.

⁴⁰ Meiern 1734–1736, Tl. 6, 981.

⁴¹ Wappmann 1995, S. 28.

⁴² Moser gibt die Zahlenangaben der bambergischen Kommission wieder: 953 Katholiken hätten 173 Protestanten gegenübergestanden. Unter den letzteren seien ca. 64 „ausländische Thüringer“ gewesen. Siehe Johann Jacob Moser, Von der Landeshoheit im Geistlichen, nach denen Reichs-Gesetzen und dem Reichs-Herkommen, wie auch aus denen Teutschen Staats-Rechts-Lehrern und eigener Erfahrung [...]. Frankfurt/M./Leipzig 1773, 618.

⁴³ Moser sollte später diese Initiative als „Geburt des Simultanei“ betrachten. Siehe ebd., 614.

1624 zu erreichen versuchte, ist es sinnvoll, zwei Phasen zu unterscheiden: eine erste Phase unmittelbar nach dem Friedensschluss von 1648 und eine zweite Phase etwa seit 1650.

Obwohl auch auf dem Westfälischen Kongress und innerhalb der Reichskreise Kommissionen organisiert wurden, erschienen zunächst Kaiser und Reichshofrat als wesentliche, vielversprechendste Anlaufstelle für Restitutionsangelegenheiten. Man könnte sagen: Innerhalb des Reiches war man auf der Suche nach imperialem Herrschaftsmanagement, das man für die Restitutionen in der Form eines Herrschaftsmanagements des kaiserlichen Hofes in Anspruch zu nehmen versuchte. Dem Reichshofrat zu Wien fiel zunächst eine zentrale Rolle bei der Einrichtung von Restitutionskommissionen zu, da man von ihm eine schleunige Organisation und eine effektive Autorisierung erwartete. Trotz seiner ehemals eindeutig prokatholischen Ausrichtung, die sich noch einmal besonders in den Jahren 1629/30 in Folge des Restitutionsedikts offenbart hatte, wurde er 1648/1649 auch von protestantischen Parteien im Reich angerufen.⁴⁴ Im Rahmen der 14 Restitutionsgesuche, die in dieser Zeit an ihn herangetragen wurden, war er immerhin sechsmal von Protestanten um Hilfe bei der Auswahl oder schlichtweg um die Einsetzung von Kommissaren gebeten worden. Zu den Antragstellern gehörten die Reichsstädte Regensburg und Lindau sowie die zu Münster verbliebenen Vertreter der protestantischen Reichsstände, die um Normaljahrsrestitutionen mehrerer unterfränkischer Pfarreien und Orte ansuchten, die im Jahr 1624 in markgräfllichem Besitz gewesen waren und nun vom Fürstbischof von Würzburg und dem Grafen von Schwarzenberg nicht zurückgegeben wurden.⁴⁵

Dabei kann man dem Reichshofrat durchaus nicht absprechen, dass er versuchte, dem Wunsch nach einem auf der Normaljahrsregel basierenden unparteiisch-überkonfessionellen Herrschaftsmanagement zu entsprechen. Zum Beleg lässt sich etwa die Ermahnung der kursächsisch-bambergischen Kommission anführen, nach verschärftem Modus (*modus arctiorem exequendi*) vorzugehen, um die Restitution des Markgrafen von Brandenburg-Ansbach zu befördern.⁴⁶ Auch in anderen Fällen scheute sich der Reichshofrat nicht, gegenüber Katholiken klarzustellen, dass er die Friedensbeschlüsse und insbesondere die Normaljahrsregel als Richtschnur für seine Entscheidungen ansah. So forderte er auch die Jesuiten zu Paderborn, die die Hälfte

⁴⁴ Zu den ersten protestantischen Fürsten, die nach dem Abschluß des Friedensvertrags über den Reichshofrat Kontakt zum Kaiser suchten gehörten der Herzog von Württemberg und der Herzog von Braunschweig-Lüneburg. Zu Württemberg siehe: HHStAWien, RHR, Protocolla rerum resolutarum XVII, Nr. 141, fol. 226ff; zum Herzog von Braunschweig siehe HHStAWien, RHR, Protocolla rerum resolutarum XVII, Nr. 141, fol. 272f.

⁴⁵ Hierzu HHStAWien, RHR, Protocolla rerum resolutarum XVII, Nr. 143, fol. 205. Die übrigen protestantischen Stände, die den Reichshofrat um die Einrichtung von Restitutionskommissionen gebeten hatten, waren die Ganerben des Hauses und der Herrschaft Rothenberg bei Nürnberg und der Graf zu Nassau-Saarbrücken.

⁴⁶ HHStAWien, RHR, Protocolla rerum resolutarum XVII, Nr. 143, fol. 205.

des Klosters Falkenhagen in der Grafschaft Lippe für sich reklamierten, zuvor aber eingeräumt hatten, 1624 nicht in dessen Besitz gewesen zu sein, zunächst auf, den Friedensschluss unverändert zu akzeptieren.⁴⁷

Kennzeichnend für diese erste Phase war die sowohl zu Wien als auch auf dem Nürnberger Exekutionstag zunächst dominierende Vorstellung, dass man das Reich durch eine schnelle Umsetzung der ‚Generalregel‘ am sichersten vom Kriegs- zum Friedenszustand führen könne. Die Normaljahrsrestitutionen sollten dabei im Rahmen eines Übergangsrechts vollzogen werden, das langwierige Erörterungen ausschloss. Vor allem die schwedischen Gesandten verstanden unter der Normaljahrsregel ein quasi noch kriegsrechtliches Instrument zur unmittelbaren Durchsetzung jener Beschlüsse, die man zu Münster und Osnabrück erreicht hatte und versuchten hierfür, die Restitutionsdeputation zu Nürnberg als institutionellen Hebel einzusetzen.

Trotz einiger unbestreitbarer Erfolge setzte sich jedoch recht schnell die Erkenntnis durch, dass sich Recht im Heiligen Römischen Reich nicht einfach verordnen und unmittelbar durchsetzen ließ. Viele Kommissare bzw. deren Vertreter vor Ort sahen sich darin überfordert, die ‚Generalregel‘ schnell zum Vollzug zu bringen. Es erwuchs eine Vielzahl von Fragen nach den konkreten Konsequenzen, nicht zuletzt nach der Feststellbarkeit des konfessionellen Status Quo im Jahre 1624, eine Frage, die sich recht bald z. B. hinsichtlich der Restitution des Fürstbistums Osnabrück als überaus schwierig zu klären erwies.⁴⁸ Darüber hinaus zeigte sich vielerorts, dass die Verhältnisse der Gegenwart nicht ohne weiteres durch eine rigide Regel außer Kraft zu setzen waren, die zur Herstellung der Verhältnisse der Vergangenheit diene. Besonders deutlich zeigte sich dies in den pfalz-sulzbachischen Gebieten. Als ein weiteres Beispiel lässt sich Erfurt anführen, wo von kurmainzischer Seite aus Restitutionsbegehren an den Rat gerichtet wurden, die zähen Widerstand hervorgerufen hatten.⁴⁹ Insgesamt zeichnete sich immer klarer ab, dass die Normaljahrsregel, so sehr sie als Gerechtigkeitslösung auf

⁴⁷ HHStAWien, RHR, *Protocola rerum resolutarum* XVII, Nr. 143, fol. 29.

⁴⁸ Grundlegend hierzu: *Wolfgang Seegrün*, In Münster und Nürnberg. Die Verteilung der Konfessionen im Fürstentum Osnabrück 1648/50, in: *Blätter für deutsche Landesgeschichte* 134, 1998, 59–93, wie auch *Gerd Steinwascher*, Die konfessionellen Folgen des Westfälischen Friedens für das Fürstbistum Osnabrück, in: *Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 71, 1999, 51–80. Zu den Zeugenverhören im Fürstbistum, die zur Rekonstruktion des Zustandes von 1624 eingeleitet wurden: *Ralf-Peter Fuchs*, Die Autorität von ‚Normaljahren‘ bei der kirchlichen Neuordnung nach dem Dreißigjährigen Krieg – Das Fürstbistum Osnabrück und die Grafschaft Mark im Vergleich, in: *Arndt Brendecke, Ralf-Peter Fuchs, Edith Koller* (Hrsg.), *Die Autorität der Zeit in der Frühen Neuzeit*. Berlin 2007, 353–374. Das einschlägige Verhör zu Wiedenbrück ist ediert: *Franz Flaskamp*, *Das Wiedenbrücker Verhör. Ein Beitrag zur Geschichte der Gegenreformation*, in: *Jahrbuch für westfälische Kirchengeschichte* 45/46, 1952/53, 151–192.

⁴⁹ Zu diesem Versuch, katholischen Gottesdienst binnen der Stadtmauern zu ermöglichen und die Existenz von Klöstern und Stiftern langfristig zu sichern siehe *Meiern* 1736/37, Tl. 1, 112–115. Zur Problematik siehe auch *Franz Schauerte*, *Gustav Adolf und die Katholiken in Erfurt. Ein Beitrag zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges*. Köln 1887.

der Reichsebene verstanden wurde, vor Ort nur schwierig als eine solche vermittelbar war.

Eine zweite Phase der Restitutionen war daher durch eine allmähliche Abkehr vom Wunsch gekennzeichnet, sie rasch und schematisch durchzusetzen. Stattdessen wurde nun entgegen dem ursprünglichen Konzept etwa über diffizile rechtliche Fragen nachgedacht, z. B. ob man auf freiwilligen Zugeständnissen, die 1624 in Anspruch genommen worden waren, ein Recht ableiten könne, das für eine Restitution bindend war.⁵⁰ Darüber hinaus verwies die Restitutionsdeputation in Nürnberg, von den schwedischen Gesandten miss-trauisch aufgefordert, über ihre Erfolge Bericht zu erstatten, immer mehr auf Restitutionen im Reich, denen nicht die Generalregel, sondern der gütliche Vergleich vor Ort zugrunde lag.⁵¹

Auch der Reichshofrat ließ sich zunehmend in rechtliche Verfahren über die Restitutionen einbinden. Darüber hinaus setzte er immer mehr jenen Versuchen im Reich, sich die Restitutionswirren zunutze zu machen und durch Gewalt Tatsachen zu schaffen, seine erprobten Instrumente der Friedenssicherung entgegen: die Erteilung von Protektionsbriefen,⁵² darüber hinaus z. B. die Erteilung von Interzessionsbriefen (intercessionales),⁵³ in denen auf freundliche Weise zu versöhnlichen Wegen aufgerufen wurde. Dass von diesen ‚Wohltaten‘ häufig Klöster und Stifte als katholische geistliche Einrichtungen profitierten, denen Schutz sich die Räte zu Wien mehrheitlich aus Tradition zur Aufgabe machten, sollte schließlich dazu beitragen, dass das Vertrauen der protestantischen Stände maßgeblich zurückging. Dieser Vertrauensschwund verstärkte sich, nachdem sich abzeichnete, dass eine von den protestantischen Reichsständen erhoffte paritätische Besetzung des zweiten höchsten Gerichts im Reich nicht zustande kam. Dies zeigte sich im so genannten ‚Kitzinger Streit‘ der sich 1650 zu einem Reichshofratsprozess zwischen Markgraf Albrecht V. von Brandenburg-Ansbach sowie dessen Vetter, Markgraf Christian von Brandenburg-Kulmbach einerseits und den Fürstbischof von Würzburg andererseits auszuweiten drohte. Bedingung für die Beschreitung des Prozessweges war einer späteren Darstellung der Markgrafen im Jahr 1652 zufolge eine paritätische Zusammensetzung des Reichshofrates gewesen: Sie seien da-

⁵⁰ Es ging hierbei um sogenannte „actus merae facultatis“. Zum „actus merae facultatis“ im Zusammenhang mit dem Normaljahr 1624 siehe auch Moser 1773, 554f.

⁵¹ In nicht wenigen Fällen hatten die Kommissionen einen Vergleich unter den Parteien herstellen können, wie etwa im Fall des Rates zu Friedberg in der Wetterau gegen die Augustiner zu Mainz. Siehe den Bericht vom Mai 1651, in: *Meiern* 1736/37, Tl. 2, 870. „Friedburg contra Augustinianos Moguntinos, Ist verglichen und exequirt.“

⁵² Siehe die auf den 22. Februar 1649 datierte Reichshofratsentscheidung im Fall des Klosters Frenswegen gegen den Grafen von Bentheim, wiedergegeben bei *Johann Jacob Moser*, 1775, Erläuterung des Westphälischen Friedens aus reichshofrätlichen Handlungen. Tl. 1. Erlangen 1775, 507–508.

⁵³ So setzte sich der Reichshofrat auf diese Weise beim Rat zu Lindau für die dortigen Kapuziner ein. „Intercessionales mit inclusione in optima forma“: HHStAWien, RHR, *Protocollo rerum resolutarum XVII*, Nr. 143, fol. 72 (Protokoll vom 26. Februar 1649).

von ausgegangen, dass dieser künftig mit Räten beider Konfession, und dies in gleicher Anzahl, zusammentrete. Nun habe man jedoch in Erfahrung gebracht, dass ein paritätisches Spruchgremium nicht zustande komme und vielmehr 12 bis 14 Katholiken und nur zwei Protestanten im Reichshofrat vertreten seien.⁵⁴ Das Interesse sämtlicher protestantischer Reichsstände verlagerte sich vor diesem Hintergrund immer mehr von der Politik der Einforderung von Restitutionen zu einer Politik des Boykotts des Reichshofrats, was sich in einer ihrerseits wesentlich geringeren Inanspruchnahme seit 1650/51 niederschlug.

So lief, insbesondere nachdem 1651 die schwedischen Truppen die lang erhoffte Demobilmachung dann doch durchführten, alles darauf hinaus, endgültige Entscheidungen über die noch ausstehenden Restitutionen zu vertragen bzw. offen zu halten. Zunächst wurde der Reichstag als Forum aussersehen, um Klarheit über besonders umstrittene Fälle zu schaffen. Zu diesen gehörte die Frage, ob die Oberpfalz nach dem kirchlichen Normaljahr zu restituieren sei. Zu einer Erörterung dieser Frage kam es auf dem Regensburger Reichstag von 1653/54 jedoch nicht mehr, da die protestantischen Stände sich nun darauf konzentrierten, gegen die Kompetenz des Reichshofrates in den verbleibenden Restitutionsfällen anzugehen. In dieser politischen Auseinandersetzung mahnten nun die katholischen Reichsstände den schnellen Vollzug der in den Friedensverträgen getroffenen Regelungen an und verwiesen auf eine umfangreiche Liste von unerledigten Fällen, die am Ende des Nürnberger Exekutionstages erstellt worden war.⁵⁵ Zugleich unterstützten sie die über den Reichshofrat in die Wege geleiteten Restitutionen,⁵⁶ während die Protestanten dagegen anstrebten, den Kaiser dazu zu bringen, sämtliche die Behandlung am Reichshofrat noch schwebenden Restitutionsfälle zu kasieren.⁵⁷ Das Unternehmen der Normaljahrsrestitutionen blieb vor dem Hintergrund dieser Auseinandersetzung um den Reichshofrat ein Bruchstück. Diese Tatsache sollte noch im 18. Jahrhundert vielerorts Anlass zur Forderung nach Normaljahrsrestitutionen geben.

Im Versuch, Tendenzen im Umgang mit der Normaljahrsregel auszumachen, lassen sich schließlich vier unterschiedliche Behandlungsweisen der ‚Generalregel‘ unterscheiden:⁵⁸ Neben der – zum ersten – Befolgung und

⁵⁴ HHStAWien, RHR Decisa 895, Eventual-Protestations- und Reservationsschrift von Brandenburg-Ansbach, fol. 2.

⁵⁵ „Durch Herrn Vollmar und den Saltzburgischen Cantzler Motzelden Magdeburgischen und Altenburgischen Gesandten pro omnibus Evangelicis zugestellet, den 10. Augusti Anno 1653: Der Catholischen Stände Gegen-Erklärung“, in: *Johann Gottfried von Meiern*, *Acta Comititalia Ratisbonensia Publica der MDCLIII et MDCLVI oder Regensburgische Reichstags-Handlungen in den Jahren 1653 und 1654*. 2 Teile. Göttingen 1740, Tl. 1, 365–367.

⁵⁶ *Meiern* 1740, Tl. 1, 366.

⁵⁷ *Meiern* 1740, Tl. 1, 342.

⁵⁸ Ich verweise hiermit auf meine zusammenfassenden Überlegungen in: *Ralf-Peter Fuchs*, *Ein 'Medium zum Frieden'. Die Normaljahrsregel und die Beendigung des Dreißigjährigen Krieges*. München 2010, 378–381.

Durchführung, die etwa im Raum Württemberg von besonderer Bedeutung war,⁵⁹ lässt sich zum zweiten die stillschweigende Nichtbeachtung⁶⁰ und drittens sogar die Nichtbeachtung in Verbindung mit entschiedenen Protesten ausmachen. Letztes war der Fall im jülich-klevischen Erbfolgestreit, dessen konfessionspolitische Implikationen zum Normaljahrskrieg von 1651 führten. Als viertes Muster lässt sich der gütliche Vergleich erkennen, zu dem die Restitutionskommissionen immerhin den Anstoß gaben. Teilweise, wie im jülich-klevischen Kirchenstreit⁶¹ oder auch in Erfurt,⁶² erfolgte dieser Vergleich allerdings auch erheblich verspätet.

V.

Was machen diese Vorgänge im Hinblick auf die politische Kategorie ‚imperiales Herrschaftsmanagement‘ deutlich?

1. Zunächst ist darauf zu verweisen, dass sich diese Kategorie im Heiligen Römischen Reich nach dem Dreißigjährigen Krieg erstaunlich offen zeigte. Inwieweit kaiserliche oder reichsständische Autorität sich darin manifestierte, war prinzipiell nicht vorgegeben, sondern musste von Situation zu Situation neu ausgehandelt werden. In der besonderen geschichtlichen Situation richtete sich das Augenmerk zunächst auf die kaiserliche Autorität. Auf dem Nürnberger Exekutionstag kamen die Reichsstände dazu. Sogar nichtimperi-ale Verhandlungspartner waren insofern in die Gestaltung einbezogen, als sie die Kontrolle der Umsetzung der Friedensverträge beanspruchten. Schweden konnte sich dabei, obwohl selbst Reichsstand, als auswärtige Kriegsmacht inszenieren, die die Rechte der protestantischen Stände wahrnahm und in dieser Eigenschaft als kontrollierende Macht am Reichsdiskurs teilnahm. Unter

⁵⁹ Hierzu Roswitha Philippe, *Württemberg und der Westfälische Friede*. Münster 1976.

⁶⁰ So war etwa das Normaljahr 1618 zumindest unmittelbar nach dem Krieg für dieses Territorium, dessen Bevölkerung erheblich dezimiert worden war, offensichtlich von keiner Bedeutung. Vgl. etwa *Albrecht Ernst*, *Der Westfälische Frieden und die Wiederherstellung des Calvinismus in der Kurpfalz*, in: Bernd Hey (Hrsg.), *Der Westfälische Frieden 1648 und der deutsche Protestantismus*. Bielefeld 1998, 173–191.

⁶¹ Siehe hierzu: *Religions-Vergleiche / welche zwischen dem Durchleuchtigen Fürsten und Herrn / Herrn Friedrich Wilhelmen / Marggrafen zu Brandenburg [...] und dem Durchleuchtigen Fürsten und Herrn / Herrn Philip Wilhelmen / Pfalzgrafen bey Rheyn [...] über das Religions- und Kirchen-Wesen in denen Herzogthümben Gülich / Cleve / und Berge / auch Graffschafften Marck / und Ravensberg / respective am 26. Aprilis 1672. zu Cölln an der Spree / und am 20. Julii 1673. zu Düsseldorf aufgerichtet worden*. Kleve 1674.

⁶² Der gütliche Vergleich erfolgte hier 1664. Siehe *Ulman Weiß*, *Von der frühbürgerlichen Revolution bis zur völligen Unterwerfung durch Kurmainz vom Ende des 15. Jh. Bis 1664*, in: *Willibald Gutsche*, (Hrsg.), *Geschichte der Stadt Erfurt*. Weimar 1986, 103–144, hier 136ff.

dem schwedischen Druck der Verweigerung des Truppenabzugs bewegten sich die Vertreter des Kaisers und der Stände aufeinander zu und zeigten durchaus Ansätze zur Kooperation, um die Restitutionen durchzuführen. Das Ziel war, imperiale Herrschaft über religionsparitätisch zusammengesetzte Kommissionen wirksam werden zu lassen.

2. Das zunächst angestrebte Ziel einer unbedingten Durchsetzung dieses imperialen Herrschaftsanspruchs über eine Exekution des Normaljahrsprinzips konnten die Kommissionen jedoch nur unvollkommen gewährleisten. Mit Blick auf die Konfliktparteien im Reich erwies sich das Prinzip des gütlichen Vergleichs, wie sich bald nach der Unterzeichnung des Westfälischen Friedens zeigte, einmal mehr als das vielversprechendste Muster der Konfliktlösung. Die im Friedensvertrag verankerte ‚Generalregel‘ wurde zwar partiell ins Reich eingepflanzt, eine höhere Bedeutung kam ihr jedoch offensichtlich als Druckmittel zu, um die Parteien aufeinander zu bewegen.

3. War der gütliche Vergleich nicht zu erzielen, war es das Prinzip des Aufschubs von konkreten umstrittenen Entscheidungen, dem die Akteure nachgingen. Wie beim gütlichen Vergleich auch gestattete dieses Muster eine Gesichtswahrung mit Blick auf die Zeitgenossen und die ‚Posterität‘, auf das sämtliche Akteure entscheidenden Wert legten. Dieses Prinzip der Ehre gestattete auch dem kaiserlichen Hof, dem in einer verwirrenden Lage immer wieder seine Grenzen aufgezeigt wurden, Herrschaft auf einer performativen Ebene wahrzunehmen, die offensichtlich mangelnde Durchsetzungsmacht⁶³ kompensierte.

4. Die konkrete Verankerung der Friedensbeschlüsse in den Regionen des Reiches gestaltete sich in diesem Rahmen als Werk, an dem viele beteiligt waren und das darüber hinaus den Akteuren große Interpretationsspielräume beließ. Herrschaftsmanagement beruhte hierbei auf dem Versuch auf mehreren Ebenen, sich, am Reichsdiskurs teilnehmend, in den Prozess der Konfliktlösung einzubringen. Mit Blick auf partielle Erfolge und eine tatsächlich weitgehend erzielte Befriedung lässt sich das Normaljahrskonzept gar nicht einmal als gescheitert erklären. Dass die Restitutionen keineswegs in allen Fällen friedlich vonstatten gingen und dass kurzzeitig durch den Normaljahrskrieg noch einmal die erneute Gefahr eines kriegerischen Flächenbrandes erwuchs, sollte aber vor allzu enthusiastischen Einschätzungen warnen.

⁶³ Zur Unterscheidung von Autorität als Ansehensmacht und Autorität als Durchsetzungsmacht siehe *Horst Rabe*, *Autorität – Elemente einer Begriffsgeschichte*. (Konstanzer Universitätsreden, 21) Konstanz 1972.

Dieser Text wird über DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

DOI: 10.1515/9783486839425.349

URN: urn:nbn:de:hbz:464-20210111-165840-4

Fuchs, Ralf-Peter: Die Normaljahrsrestitutionen 1648-1653. Die Umsetzung des Westfälischen Friedens durch Schweden, Reichshofrat und Reichsstände im Rahmen imperialen Herrschaftsmanagements.

In: *Die Anatomie frühneuzeitlicher Imperien : Herrschaftsmanagement jenseits von Staat und Nation / Wendehorst, Stephan (Hrsg.). Berlin [u.a.] : De Gruyter Oldenbourg, 2015 - ISBN 978-3-486-83942-5 (PDF). DOI: <https://doi.org/10.1515/9783486839425>. S. 349 - 364*

© 2015 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Munich/Boston. Alle Rechte vorbehalten.